



Tagesordnung I Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 19. März 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-03-0035

**SGB Leistungen für EU-Ausländer
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.2.2014 -**

Bereits mehrmals hat sich der Ausschuss mit der Frage des Anspruchs auf SGB II und SGB XII Leistungen von EU Ausländern wegen der divergierenden Bundesgesetzgebung und der europäischen Rechtsprechung befasst. Nun hat das Bundessozialgericht (FAZ 19.2.2014) europarechtliche Zweifel an der Bundesgesetzgebung (§ 7 SGB II) geäußert und eine Vorlage an den Europäischen Gerichtshof eingereicht.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten, wie angesichts dieser Entwicklungen in Wiesbaden bei der Gewährung von SGB II und SGB XII Ansprüchen künftig verfahren wird und welche finanziellen Auswirkungen bei Feststellung der Europarechtsunvereinbarkeit dieser Gesetzgebung eintreten werden.

Protokollnotiz Nr. 0038

Der Antrag wird durch die Antrag stellende Fraktion zurückgezogen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2014

Weinerth
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2014

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2014

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister